



Der neue Generaldirektor des Deutschen Museums, Wolfgang Heckl.

sellschaftliche Debatte darüber auch im Museum stattfindet. Filme wie kürzlich „I, Robot“ oder die Idee von selbstorganisierten nanobots beschäftigen die Leute, und dazu werden wir hier im Museum Debatten und Abendvorträge organisieren. Natürlich werden wir niemals den Tisch von Otto Hahn, an dem er die Kernspaltung entdeckt hat, raus schmeißen, denn die Geschichte, die er erzählt, ist zeitlos, aber wir dürfen uns auch nicht darauf beschränken, alte Dinge auszustellen.

Alle Welt spricht heutzutage von Interdisziplinarität. Das Museum ist aber nach den klassischen Technik- und Wissenschaftsdisziplinen strukturiert.

Die neuen Dinge geschehen immer stärker an den Grenzen zwischen den Disziplinen. Dafür errichten wir das Zentrum für Neue Technologien, das bis 2007 fertig sein wird und die übergreifende Sichtweise darstellen wird. Im Übrigen habe ich auch hinsichtlich der Jahre der Wissenschaft angemahnt, dass wir von den klassischen Disziplinen wegkommen. Wenn wir nach dem Jahr der Physik, der Chemie usw. so weiter machen, brauchen wir noch 150 Jahre, bis wir mit allen Disziplinen durch sind.

Ihr Arbeitsgebiet, die Nanotechnologie, ist ein Musterbeispiel für Interdisziplinarität.

Ja, betrachten Sie zum Beispiel ein Adenin-Molekül, also einen der Buchstaben des genetischen Codes. Der Physiker sagt, das ist ein quantenmechanisches Objekt, also Physik; der Chemiker sagt, das Wichtigste sind die Wasserstoffbrückenbindungen, das ist Chemie, und der Biologe sagt, das ist mein Feld. Das Tolle gerade bei der Nanotechnologie ist, dass wir da wieder ein bisschen zu einer Sichtweise kommen, die der Renaissance entspricht

oder der humboldtschen Idee. Ich möchte auch dieses Thema hier im Deutschen Museum aufgreifen. Die Gesamtsichtweise ist uns mit dieser wahnsinnig erfolgreichen analytischen deduktiven Methode doch etwas verloren gegangen.

Bedeutet Ihr neues Amt den Abschied von der aktiven Forschung?

Nein, ich werde meine Arbeitsgruppe an der LMU behalten, und die Forschung dort geht eingeschränkt weiter. Ich werde einen Tag pro Woche an der Uni sein. Das Deutsche Museum hat neben dem Sammeln und Ausstellen als dritte Aufgabe ja auch, Wissenschaft zu treiben. Mit meiner Berufung hat man ein Zeichen gesetzt, dass die Wissenschaft in Zukunft wieder eine größere Rolle spielen wird.

Was verstehen Sie darunter, am Deutschen Museum Wissenschaft zu treiben?

Darunter verstehe ich zunächst Wissenschaft in der dialogischen Auseinandersetzung mit den heißen Themen der Gesellschaft. Ich möchte aber auch ein gläsernes Labor einrichten. Warum soll ein Mitarbeiter von mir nicht auch hier ein AFM betreiben können? Es geht nicht um ein Show-Experiment, sondern darum zu vermitteln, wie Wissenschaft eigentlich geschieht. Das bleibt immer ein bisschen verborgen, weil wir im musealen Kontext gewohnt sind, die Ergebnisse darzustellen, aber das Spannende ist natürlich auch, wie man dazu kommt.

■ DPG trifft GDCh – offen für weitere Partner

Vor allem bei wissenschafts- und forschungspolitischen Themen vertreten die DPG und die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) häufig gleiche Positionen, die ein gemeinsames Auftreten wünschenswert machen. Entsprechende Absprachen sollen künftig auf Geschäftsleitungsebene etabliert werden, wobei die sich bildende gemeinsame Plattform ausdrücklich für weitere Partner aus dem naturwissenschaftlichen Spektrum offen gehalten werden soll. Dies ist eines der Ergebnisse eines Treffens Anfang September, bei dem Präsident und Hauptgeschäftsführer der DPG, Knut Urban bzw. Bernhard Nunner, sowie Präsident und Geschäftsführer der GDCh, Henning Hopf bzw. Wolfram Koch, in „konstruktiver

und überaus guter Atmosphäre“ insbesondere darüber sprachen, wie sich die Kooperation der beiden größten naturwissenschaftlichen Fachgesellschaften Deutschlands verstärken lässt. Das Treffen war das erste dieser Art seit vielen Jahren. Treffen auf hoher Ebene zwischen DPG und GDCh sollen künftig in regelmäßigen Abständen stattfinden. (DPG)



Gemeinsam Pläne geschmiedet (v. r.): DPG-Hauptgeschäftsführer, Dr. Bernhard Nunner, GDCh-Präsident Prof. Henning Hopf, DPG-Präsident Prof. Knut Urban und GDCh-Geschäftsführer Prof. Wolfram Koch beim Treffen in der GDCh-Geschäftsstelle.

Enge deutsch-österreichische Beziehungen

Angesichts des europäischen Einigungsprozesses werden in Deutschland vielerorts massive Veränderungen vorangetrieben, die beispielsweise in Bayern und Nordrhein-Westfalen eine Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge bereits 2005 bzw. 2007 bringen sollen. Im Gegensatz hierzu geht es in Österreich noch sehr ruhig zu. Allerdings machen sich die österreichischen Physiker Sorgen um ihre Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb um gute Studenten.

Die aktuellen Entwicklungen zur Umsetzung des Bologna-Prozesses nahmen breiten Raum ein bei Gesprächen, die DPG-Präsident Knut Urban Mitte September mit Vertretern der Österreichischen Physikalischen Gesellschaft führte. Es war der erste offizielle Besuch eines DPG-Präsidenten seit mehr als zwanzig Jahren. Die Gastgeber, der amtierende ÖPG-Präsident Gero Vogl, Universität Wien, und der designierte Präsident Helmut Rauch, Technische Universität Wien, waren

sich daher mit ihrem Gast darin einig, dass derartige Kontakte in Zukunft in etwa zweijährigen Abständen stattfinden sollten. Dies entspräche nicht nur der Praxis der außerordentlich engen Beziehungen der österreichischen Physiker zu ihren deutschen Kollegen, sondern auch den gemeinsamen Interessen im Bologna-Prozess.

Die Zurückhaltung mit Bezug auf den Bologna-Prozess geht in Österreich nicht zuletzt auf die Folgen des so genannten Universitätsgesetzes 2002 zurück, deren Bewältigung durch die 21 betroffenen Universitäten noch lange nicht abgeschlossen ist. Kraft dieses Gesetzes steht an der Spitze der Universität ein Universitätsrat, der über umfangreiche Vollmachten verfügt und unter anderem den Rektor bestimmt. Der Rat besteht aus fünf bis neun ausschließlich externen Mitgliedern, „die in verantwortungsvollen Positionen in der Gesellschaft, Kultur oder Wirtschaft, tätig sind oder waren“. Durch das Universitätsgesetz 2002 wurde gleichzeitig der Beamtenstatus der Professoren abgeschafft. (DPG)